

Einladung zum Robert-Blum-Jahr 2007

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW) gedenkt in diesem Jahr des vor 200 Jahren geborenen Freigeists Robert Blum. Der deutsche Politiker der Märzrevolution, der Demokrat, der Freireligiöse und der Abgeordnete der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche wurde 1848 standrechtlich erschossen.

Im März 1845 fand unter der Führung Blums das erste deutsch-katholische Konzil in Leipzig statt, das den Beginn der freireligiösen Bewegung darstellt. 1846 wurde Blum Stadtverordneter in Leipzig. Zwickau delegierte ihn 1848 ins Frankfurter Vorparlament, wo er zu einem der Vizepräsidenten und in den Fünfgerausschuss gewählt wurde. Er führte die radikalliberale Fraktion an, die das Prinzip der Volkssouveränität vertrat. Während der Wiener Oktoberrevolution trat Blum im Wiener Gemeinderat, im Reichstagsausschuss und im Studentenausschuss auf, wo er am 23. Oktober eine viel beachtete Rede über die auf Freiheit basierende Ordnung hielt. Dann nahm er als Kommandeur der ersten Kompanie an der militärischen Verteidigung des revolutionären Wien teil. Am 4. November wurde Blum verhaftet und unter Missachtung seiner Abgeordnetenimmunität am 9. November exekutiert. Sein Tod unterstreicht die Machtlosigkeit der Frankfurter Nationalversammlung und der jungen Demokratiebewegung in Deutschland. Sie macht ihn zum Symbol der gescheiterten Märzrevolution. Für die Demokratie und die freigeistige Bewegung in Deutschland wird er zu einer ihrer Gründer und Leitfiguren, ja zu einem Märtyrer.

Der DFW und seine Mitgliedsverbände werden Robert Blum in einer zentralen Festveranstaltung am 23. September 2007, um 10.00 Uhr, in Berlin, Pappelallee 15, als standhaften Demokraten, Freiheitskämpfer, Revolutionär und als Freireligiösen würdigen. Das „Robert-Blum-Kollegium“ unter der Leitung von Kirsten Reuther wird mit Schauspiel und Musik die festliche Veranstaltung gestalten. Die Teilnahme ist auf Einladung möglich. Am 22. September wird eine begleitende wissenschaftliche Tagung des DFW zum Thema „Robert Blum (1807–1848) – Demokrat, Revolutionär und Freigeist“ in Berlin, Prenzlauer Allee 80 (Zeiss-Großplanetarium) durchgeführt. Der Tagungsablauf ist wie folgt:

- 15.00 Uhr: *Dr. Volker Mueller, DFW-Präsident:* Eröffnung
- 15.15 Uhr: *Dr. Wolfgang Heyn, Zentrum zur Erforschung der freireligiösen Bewegung, Berlin:* Robert Blum – ein Porträt anhand der historisch-politischen Literatur seit 1848.
- 15.45 Uhr: *Prof. Dr. Frank Engehausen, Historisches Seminar der Universität Heidelberg:* Der Demokrat Blum in der Nationalversammlung.
- 16.45 Uhr: *Hans Jörg Schmidt, Stadtarchiv Schriesheim:* Blums Verständnis von Freiheit und Revolution.
- 17.15 Uhr: *Ute Janz, Freireligiöse Landesgemeinde Baden, Ludwigshafen:* Robert Blum und die Freie Religion.

Anfragen bitte an: DFW und Freireligiöse Gemeinde Berlin, Pappelallee 15, 10437 Berlin. Tel.: 030–44048000. E-mail: post@freigeistig-berlin.de oder dfw-praesident@web.de

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V. (DFW) ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Gemeinschaften in Deutschland, die für die Verwirklichung der in Artikel 4 des Grundgesetzes garantierten Freiheit des Glaubens, des Gewissens und des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses eintreten. Er setzt sich dafür ein, dass niemand wegen seiner Herkunft, seiner Lebensauffassung und seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt wird. Der DFW steht als Vertreter freigeistiger kirchenfreier Menschen ein für Humanismus, Toleranz und Menschenrechte, für ein friedliches Zusammenleben der Menschen unabhängig von ihren religiösen, weltanschaulichen und politischen Anschauungen und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Er ist für alle freigeistigen Gemeinschaften offen, die seine Ziele unterstützen. Der DFW ging 1991 aus dem Deutschen Volksbund für Geistesfreiheit hervor. Er setzt damit die Bestrebungen zur Bündelung der freigeistig-humanistischen Kräfte in Deutschland fort.



pfw – Pressedienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: *Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322*
Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:
Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513
 e-mail: dfw-praesident@web.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

EHF und IHEU warnen vor Angriff auf das säkulare Europa

Der Angriff der islamischen Welt auf den Wertekonsens des säkularen Europa wird von den derzeit verantwortlichen Politikern gänzlich unterschätzt. Dies gilt europaweit!

Dieser Grundtenor zog sich durch die Jahrestagungen der European Humanist Federation (EHF) und der International Humanist and Ethical Union (IHEU) in Turin vom 15. bis 18.6.2007.

Frau Merkel und Herr Schäuble verstärken diesen Angriff aus der islamischen Welt auf unsere europäischen Grundwerte, indem sie die Konfessionalisierung des Staates vorantreiben. Schäuble führte auf der Islamkonferenz aus: „Integration verlangt einerseits von in Deutschland lebenden Muslimen eine vollständige Beachtung der Rechts- und Werteordnung. Andererseits ist die Mehrheitsgesellschaft gefordert, in Deutschland lebende Muslime als gleichberechtigten Teil der deutschen Gesellschaft anzuerkennen.“

Vorsicht ist geboten ob solcher Vorstellungen, deren Gefährlichkeit erst beim zweiten Hinsehen deutlich wird. Es gibt keine deutsche Rechts- und Werteordnung, sondern nur eine Rechtsordnung und nicht mehr. Basis des Zusammenlebens in diesem Lande ist die Anerkennung folgender Rangordnung: Die Grundrechte stehen über allen religiösen Lehren und Dogmen. Die Islamkonferenz ist auf dem besten Wege, diesen Grundkonsens zu verlassen. Unsere Regierung leistet mit solchen missverständlichen Äußerungen Vorschub, den Grunddreiklang des Staates in Frage zu stellen. „Der Grunddreiklang heißt: Demokratie, Rechtsstaat, Grundrechte. Dispens auf Gott, Koran und Bibel gibt es nicht. Das ist das staatsbürgerliche Credo“, wie Heribert Prantl in der SZ vom 3. Mai 2007 schrieb. – Durch die beiden Konferenzen in Turin zogen sich wie ein roter Faden diese grundsätzlichen Überlegungen. Die Offenheit für eine Vielfalt von Meinungen und Auffassungen ist konstitutive Voraussetzung vor allem auch einer öffentlichen Schule in einem freiheitlich ausgestalteten Gemeinwesen. Deshalb findet auch der Schritt Berlins, einen verbindlichen Ethikunterricht für alle einzuführen, europaweite Beachtung. Es ist Aufgabe des Staates zu integrieren und der Entstehung von religiös und weltanschaulich motivierten Parallelgesellschaften oder Fundamentalismen entgegenzuwirken. – Führende Vertreter der EHF und der IHEU werden daher vom 16.–18.11.2007 an der Konferenz des DFW in Klingberg teilnehmen, die unter dem Motto steht: „A Secular Europe – the Road to European Citizenship“ (s.u.).

Horst Prem – Vizepräsident

Ein säkulares Europa - der Weg zur europäischen Staatsbürgerlichkeit

Eine Konferenz mit diesem Titel findet vom 16.-18.11.07 in der Jugend- und Bildungsstätte Klingberg/Scharbeutz statt. Zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge der EU hat die European Humanist Federation (EHF) am 25. März 2007 die Brüsseler Erklärung veröffentlicht. Hierin wird nochmals bekräftigt, dass Europa auf einer Vielzahl von Kulturen und Traditionen beruht und seine Bürger der Geschichtsklitterung vom Christlichen Abendland entgegenwirken müssen.

Die heute maßgebenden Wertvorstellungen leiten sich nicht von göttlicher Autorität und auch nicht von einer einzelnen Kultur oder Tradition her, sondern sind im jahrhundertelangen Kampf den autoritären Herrschaftssystemen abgerungen worden. Unsere Werte berücksichtigen Rechte der Schwachen gegen die Mächtigen und der Einzelperson gegen den potenziellen Unterdrücker.

Mit diesem Seminar wollen wir die Sichtweisen zur europäischen Staatsbürgerlichkeit in den verschiedenen Nationen Europas zusammentragen und gemeinsame Wege zu ihrer Verwirklichung herausarbeiten. Sie müssen letztlich zu einer Erziehung zu Toleranz und Nichtdiskriminierung führen und zur strikten staatlichen Neutralität in Religions- und Weltanschauungsfragen. Das Erziehungsmonopol der Religionsgemeinschaften in Wertefragen ist mit einer so verstandenen Staatsbürgerlichkeit nicht mehr vereinbar.

Horst Prem / Dr. Volker Mueller



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322
Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513
 e-mail: dfw-praesident@web.de * ortrun.e.lenz@t-online.de



Pressdienst Freier Weltanschauungsgemeinschaften

Betrifft: Kinderrechte ins Grundgesetz

Kürzlich wurde ein Brief folgenden Inhalts an die Vorsitzende der Kinderkommission im Bundestag, Marlene Rupprecht, gerichtet:

„Wie wir den Berichten Ihrer Kommission entnehmen, bemühen Sie sich zur Zeit darum, dass die Rechte der Kinder in das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden. In diesem Bestreben möchten wir – die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am ‘Unitariertag’ der freien Religionsgemeinschaft Deutsche Unitarier – Sie ausdrücklich bestärken: Wir sehen mit großer Sorge, dass immer noch viele Kinder in unserem Lande benachteiligt oder vernachlässigt werden, und wir haben uns daher auf diesem 3-tägigen Kongress in Niedernhausen bei Wiesbaden unter dem Leitwort ‘Zukunftswünsche – Zukunftsängste: Wie wünschen wir uns die Welt?’ in Vorträgen, Diskussionen und Arbeitskreisen vorwiegend mit den Problemen, Hoffnungen und Ausichten unserer Kinder beschäftigt. Als ein Ergebnis dieser Beschäftigung möchten wir Sie bitten, die Bestrebungen zur Aufnahme der Kinderrechte in unser Grundgesetz nachdrücklich voranzutreiben, und hoffen, dass unser Eintreten für das gemeinsame Anliegen Ihre Arbeit beflügelt.

Mit freundlichen Grüßen, im Namen der Teilnehmenden am Unitariertag,

Eike Möller

Präsident der Deutschen Unitarier“

Zur europäischen Verfassung

In einem Brief an die Bundeskanzlerin erinnert DFW-Präsident Dr. Volker Mueller an die Einhaltung der allgemein gültigen Grundrechte:

„Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

derzeit wird über einen deutlich reduzierten Verfassungsvertrag für Europa gesprochen. Wir bitten Sie daher dringend, darauf hinzuwirken, die realitätsferne Politik der EU zu beenden: Ein Vertragswerk in deutscher Fassung mit 482 Seiten dem Parlament oder dem Volk zur Abstimmung vorzulegen, das im Übrigen grundlegende Verfassungsprinzipien verletzt, entbehrt der so wichtigen Bürgernähe. Der vorgelegte Verfassungsvertrag beachtet unzureichend u. E. die demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität, der Vertragstheorie und der säkularen Begründung des Staates.

Politikbereiche und Arbeitsfelder der Europäischen Union gehören u. E. ohnehin in eine Geschäftsordnung und nicht in einen Verfassungsvertrag. Diese Geschäftsordnung könnte Teil III und IV des derzeitigen Verfassungsvertrages aufnehmen. Der neue Verfassungsvertrag müsste den oben zitierten Verfassungsprinzipien genügen und aus folgenden Teilen bestehen: Präambel, Teil I – den wir vorschlagen, mit ‘Ziele und Aufgaben der Union’ zu überschreiben, sowie Teil II – die Charta der Grundrechte der EU. Damit wäre der Verfassungsvertrag in der deutschen Version auf 60 Seiten reduziert. Dieser Verfassungsvertrag ist u. E. durch Volksabstimmung im Zusammenhang mit der Wahl zum Europäischen Parlament 2009 in Kraft zu setzen.

Mit der Charta der Grundrechte und den laizistischen Verfassungsprinzipien ist der Artikel I-52 nicht vereinbar und daher ersatzlos zu streichen. Nicht demokratisch organisierten Vereinigungen besondere Privilegien einzuräumen, widerspricht dem Geist dieses Vertrages. Es spricht nichts dagegen, Kirchen und weltanschauliche Gemeinschaften in Artikel I-47 unter den Grundsätzen der partizipativen Demokratie zu erwähnen und die Befolgung dieser Regeln zu fordern.

Setzen Sie sich bitte zielgerichtet dafür ein, dass Europa eine Verfassung erhält, die diese Grundsätze beachtet, damit die EU eine Heimstatt aller Europäerinnen und Europäer wird.

Mit freundlichen Grüßen, Dr. Volker Mueller, Präsident des DFW“



pfw – Pressdienst des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

e-mail: dfw-praesident@web.de * ortrun.e.lenz@t-online.de



Pressediens Freier Weltanschauungsgemeinschaften

„Ethik in einer europäischen Wertegemeinschaft“

Zu einem Seminar mit diesem Titel lädt die Freigeistige Aktion für humanistische Kultur e.V. am Samstag, dem 6. Oktober 2007, ab 10 Uhr ins Naturfreundehaus 63263 Neu-Isenburg, Neuhöfer Str. 55, ein.

Auf dem Programm stehen u.a. folgende Vorträge: „Das Verhältnis vom Recht zur Moral“; „Religiöse Sittlichkeit und philosophische Ethik“; „Ideologiefreie Moralwissenschaft“ (alle von Dr. Erich Satter); „Viktor Kraft und die nachmetaphysische Moralbegründung“ (Dr. Oliver Vollbrecht) sowie eine Podiumsdiskussion.

In einer Zeit, in der nicht nur im Islam der Fundamentalismus stärker wird, gewinnt – neben der notwendigen Ideologiekritik – auch eine philosophisch abgeleitete Ethik an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund und der Erkenntnis, dass mit einer zunehmenden Globalisierung auch die Entwicklung einer pluralistischen Gesellschaft einhergeht, soll in vier Blöcken untersucht werden, ob die Moralwissenschaft mit dieser Herausforderung noch Schritt hält oder ob für eine europäische Wertegemeinschaft nicht eine rational begründete Ethik stringenter wird.

Das Verhältnis vom Recht zur Moral: Das Positive Recht wird dem Naturrecht gegenübergestellt und untersucht, ob aus dem „Sein“ der Natur ein „Sollen“ für das menschliche Verhalten abgeleitet werden kann oder ob naturrechtliche Begründungen in einen „Naturalistischen Fehlschluss“ münden, d. h. an einer rationalen Begründung zu scheitern drohen. Dabei wird auch das Kant'sche a priori – das Gefühl für Gut und Böse sei dem Menschen immanent – einer kritischen Betrachtung unterzogen und die Frage nach einer Trennung von Recht und Moral gestellt.

Religiöse Sittlichkeit und philosophische Ethik: Der religiös abgeleiteten Moral wird eine philosophisch begründete Ethik gegenübergestellt und beide Richtungen in Bezug zur sozialen Wirklichkeit gebracht. Gleichzeitig ist zu unterscheiden in Ethik (als Wissenschaft der Moral) und Moral als die im menschlichen Zusammenleben gewachsenen sittlichen Normen, wie sie bereits in der „Goldenen Regel“ zu finden sind.

Ideologiefreie Moralwissenschaft: Die Erkenntnis, dass die Ethik von drei Säulen – Religion, Philosophie und Soziologie – getragen wird, soll eine ideologiefreie Begründung ermöglichen, ohne religiöse Motive auszuschließen. Dazu werden die Positionen der spekulativen Philosophie durch die analytische Philosophie ergänzt. Diese gliedert sich in normative, deskriptive und Meta-Ethik. Der Utilitarismus rückt bei einer deskriptiven Moralbegründung – als negativer Utilitarismus – ins Zentrum einer abschließenden Beurteilung.

Viktor Kraft und die nachmetaphysische Moralbegründung: Auch heute noch glauben nicht wenige, dass Fragen der Moral primär ein Gegenstand der Theologie seien. Dabei gehört es zum Selbstverständnis der Moderne, dass Religion etwas Privates ist und daher nicht zur allgemeinen Moralbegründung herangezogen werden kann – wenigstens gilt dies der Theorie nach. So entstehen Widersprüche, die sich gegenwärtig insbesondere an Fragen wie Abtreibung und freiwilliger Euthanasie entzünden. Auch die Politisierung des Islam hat zu einer weiteren gesellschaftlichen Verunsicherung beigetragen. Dabei wird häufig vergessen, dass das Rezept einer areligiösen Moralbegründung in Europa eine lange Tradition hat. Besonders zu Beginn des 20. Jahrhunderts entsteht eine Reihe von neuen antimetaphysischen Strömungen. Eine herausragende Stellung nimmt hier der sog. „Wiener Kreis“ ein. Allerdings hat dieser, was Fragen der Moralbegründung anbelangt, eine entschieden negative Position vertreten. Nur ein Philosoph dieser Schule hat ein moralphilosophisches System vorgelegt: der zu Unrecht vergessene Wiener Philosoph Viktor Kraft.

Anmeldungen bitte an: Ortrun E. Lenz, Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 06102-723513, e-mail: ortrun.e.lenz@t-online.de.

Am Abend vor dem Seminar, Freitag, 05.10.07, um 18 Uhr, findet die Bundesversammlung der Freigeistigen Aktion mit anschließendem Autorentreffen des Angelika Lenz Verlages statt, und zwar in den Räumen der Freireligiösen Gemeinde Neu-Isenburg, 63263 Neu-Isenburg, Ludwigstraße 68.



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

e-mail: dfw-praesident@web.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

„Internationaler Terror – brauchen wir den Überwachungsstaat? Weniger Hass in der Welt – eine Illusion?“

Zu einem Seminar mit obigem Thema laden die Jugend- und Bildungsstätte Klingberg und die Deutsche Mitgliedsgruppe der International Association for Religious Freedom (IARF) vom 12.–14.10.2007 ein. Was sind die Ursachen für den internationalen Terror? Ist es der Fundamentalismus in den Offenbarungsreligionen oder ist es das westliche Wirtschaftssystem, was den Abstand zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern ständig vergrößert? Oder ist es eine Kombination beider Faktoren?

In Angesicht der sich gegen *jeden* richtenden terroristischen Bedrohung ist zu fragen: Wie erziehen wir unsere Kinder zur Toleranz? Wie kann die EU unterstützt werden, um eine europäische Werteidentität zu schaffen? Wie gestalten wir die Basis, auf der eine internationale Werteordnung gründet? Wie führen wir Wertesysteme inhaltlich ad absurdum, die zu Terror und Gewalt gegenüber Andersgläubigen aufrufen? Wir wollen versuche, Antworten auf diese Fragen zu finden. – Tagungsort und Übernachtung: Jugend- und Bildungsstätte Klingberg, Fahrenkampsweg 7, 23684 Scharbeutz/Klingberg, Tel. 04524/9388 Fax 04524/1483. Infos und Anmeldung: Obige Anschrift, z. Hd. Astrid Steinbach, oder info@bildung-klingberg.de, bis spätestens 15.09.2007.

Horst Prem / Manfred J. Paul

Freireligiöse gegen biblischen Schöpfungsbericht im Biologieunterricht

Bezogen auf die jüngsten Äußerungen der hessischen Kultusministerin Karin Wolff stellen wir Folgendes fest:

- 1.) In einer freien Gesellschaft steht es frei zu behaupten, dass es keinen Widerspruch gebe zwischen der biblischen Erklärung für die Entstehung der Welt und der biologischen Evolution bzw. „naturwissenschaftlicher Erkenntnis“. Dass Frau Wolff als evangelische Theologin, die selbst als Religionslehrerin unterrichtet hat, dies behauptet, ändert nichts an der Tatsache, dass eben diese Behauptung in und außerhalb der Wissenschaft umstritten bleibt.
- 2.) Die biblischen Geschichten von der Entstehung der Welt, des Lebens und der Menschen durch das Wort Gottes sind nicht überprüfbar. Es gibt kein Experiment, das sie bestätigen bzw. widerlegen könnte. Deshalb haben sie mit Forschung und Naturwissenschaft nichts zu tun und gehören auch nicht in den Biologieunterricht.
- 3.) Fragen nach dem Sinn des Seins, Entstehung und Existenz von Welt und Mensch und die entsprechenden philosophischen und religiösen Antworten haben ihren Platz im Bereich des Religions- und Ethikunterrichtes.
- 4.) Bereits im Oktober 2006 hat Frau Wolff ihre persönlichen Glaubensansichten in vergleichbarer Weise geäußert. Daraufhin zur Rede gestellt, erklärte Sie, dass in einer fächerübergreifenden Perspektive dem Schüler die verschiedenen Ansichten näher gebracht werden. Es handelt sich hier jedoch nur um eine – nämlich um die christliche – Botschaft, wonach „Gott der Herr“ sei.
- 5.) Mit Besorgnis stellen wir fest, dass Frau Wolffs Äußerungen geeignet sind, den Eindruck zu vermitteln, wonach der biblische Schöpfungsmythos gleichberechtigt neben der Evolutionslehre Darwins stehe bzw. die Evolution als Faktum in Frage zu stellen. Es ist dies ein Vorgehen der Kreationisten, denen an staatlichen Schulen keine Möglichkeit einzuräumen ist, ihre religiös fundamentalistischen Vorstellungen zu verbreiten.
- 6.) Die gebotene Trennung von Kirche und Staat wird durch die Äußerungen von Frau Wolff unterminiert. Religionsfreiheit ist auch die Freiheit von Religion in und außerhalb des Biologieunterrichtes. Frau Wolffs kreationistische Äußerungen bestätigen die Richtigkeit und Wichtigkeit unserer Forderung nach einer vollständigen Säkularisierung in unserem Land. In den Schulen sollte nur Platz sein für Ethikunterricht. Der konfessionelle Unterricht ist von den Kirchen und Religionsgemeinschaften in eigener Regie außerhalb der Schulen abzuhalten.

Freireligiöse Landesgemeinschaft Hessen K.d.ö.R – Manfred Gilberg (Präsident)



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

e-mail: dfw-praesident@web.de * ortrun.e.lenz@t-online.de

Zur Brüsseler Erklärung

Die säkularen Verbände in Europa haben durch eine Unterschriftenaktion die Brüsseler Erklärung gestützt. Die Unterschriftenliste aus Deutschland war die zweitlängste nach der englischen. Hier gilt insbesondere den Unitariern und dem DFW Dank, dass beide die Brüsseler Erklärung so massiv unterstützt haben.

Diese Brüsseler Erklärung und der Widerstand Frankreichs hat dann die Bundeskanzlerin als EU-Ratspräsidentin dazu bewogen, in ihrer Berliner Erklärung die Forderung fallenzulassen, einen Gottesbezug in die Präambel aufzunehmen! Dank gilt hier den vielen engagierten Unitariern, die die Brüsseler Erklärung unterschrieben haben, sowie der IHEU (Internationalen Humanistischen und Ethischen Union) und der EHF (Europäischen Humanistischen Föderation), die die ganze Aktion ins Leben gerufen haben. Eine säkulare Zukunftsvision Europas ist nur durchsetzbar, wenn alle säkularen Verbände mittun.

Wir müssen auf der Hut sein, dass die abgespeckte Version des EU-Verfassungsvertrages, die heute in Diskussion ist, nicht wieder Privilegien für nicht-demokratisch organisierte Verbände enthält, die nicht ihre Mitglieder vertreten, sondern eigene Doktrinen. Die katholische Kirche ist hierfür ein Musterbeispiel. Sie hat sich mit dem Artikel I-52 in der EU-Verfassung schon wieder einen privilegierten Zugang zur EU-Kommission und ihre langfristige Finanzierung über Konkordate gesichert. Deshalb fordern die säkularen Verbände in Europa, diesen Artikel I-52 ersatzlos zu streichen. Erst wenn auch dies gelungen ist, haben wir einen echten Fortschritt erzielt.

Horst Prem

Landesversammlung 2007 der Freireligiösen Landesgemeinde Baden

Die Freireligiösen aus Baden trafen sich in Mannheim, dem Sitz der mit Abstand mitgliederstärksten Ortsgemeinde, zu ihrer alljährlich stattfindenden Landesversammlung.

Bereits zum 10. Mal in Folge wurde Rainer Schrauth, Weinkaufmann aus Mannheim, für die nächsten zwei Jahre zum Vorsitzenden gewählt. Für die aus beruflichen Gründen ausscheidende Stellvertreterin Tanja Kluth aus Karlsruhe rückte Wilfried Baumgart aus Mannheim in den Vorstand nach.

Die ausscheidenden Mitglieder des Landesgemeinderats Herbert Ebel (Heidelberg) und Richard Freyer (Heilbronn) wurden mit einem Blumengruß geehrt. Für die nächsten zwei Jahre sind Sieglinde Duda, Ingeborg Laszlo, Stefan Schrauth und Helma Uehlein (alle Mannheim), Lebrecht Fleck und Stefan Roßbach (Karlsruhe) sowie Heide Krieg (Konstanz) und Petra Schöttle (Pforzheim) in diesem Gremium vertreten. Saskia Schöttle aus Pforzheim ist für die Freireligiöse Jugend ebenso Mitglied des Landesgemeinderats wie Karl-Heinz Schneider (Mannheim) und Ursula Wittmann (Heidelberg) als Ersatzbeiräte.

**Freireligiöse Landesgemeinde Baden
Joachim Koch (Landessekretär)**

Antrag auf Sonderbriefmarke

Der Dachverband Freier Weltanschauungsgemeinschaften (DFW) beantragt für das Jahr 2009 die Fertigung einer Sonderbriefmarke aus Anlass der Gründung des Bundes Freireligiöser Gemeinden Deutschlands K.d.ö.R. (BFGD) vor 150 Jahren. Der BFGD ist eines der Gründungsmitglieder des DFW (1949).



pfw – Pressediens des Dachverbandes Freier Weltanschauungsgemeinschaften e.V.

Präsident: Dr. Volker Mueller, R.-Breitscheid-Str. 15, 14612 Falkensee, Tel. 03322-2121322

Auswertung/Abdruck honorarfrei. Belegexemplar erbeten an die pfw-Redaktion:

Ortrun E. Lenz M.A., Beethovenstr. 96, 63263 Neu-Isenburg, Tel. 06102-723509, Fax 723513

e-mail: dfw-praesident@web.de * ortrun.e.lenz@t-online.de